

Vortrag von Prof. Dr. Peter Zängl, Sozialwissenschaftler an der Hochschule für Soziale Arbeit, Basel/Olten

anl. des 26. Altenparlamentes am 26.09.2014 im Landeshaus

zum Thema Inklusion und „das gute Leben im Alter“

Das Thema Inklusion bewegt, die Verbindung der Themen Inklusion und „das gute Leben der älteren Generation“ ist zukunftsweisend. Im Folgenden soll der Bogen geschlagen werden von einer Politik für die ältere Generation mit den Facetten des "aktiven und des verletzlichen Alterns“ über die Themen In- und Exklusion bis hin zu konkreten Vorstellungen, wie Inklusion in einer Politik für die ältere Generation gelingen kann. Um dies beurteilen zu können, will ich zunächst versuchen, „das gute Leben im Alter“ mit dem Auftrag zur Politikgestaltung zusammen zu bringen:

In einer Befragung der Seniorenbeiräte in Schleswig-Holstein aus dem Jahre 2009 im Auftrage des Landesseniorenrates und durchgeführt vom Deutschen Institut für Sozialwirtschaft (DISW) wurden folgende Handlungsfelder bzw. Themen als seniorenrelevant bezeichnet:

- Kommunalverfassung (kommunale Seniorenbeiräte)
- Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement
- (Weiter-)Bildung
- Wohnen
- Gesundheitliche Infrastruktur (Stadt/Land Versorgung)
- Pflege

Diese Auflistung hat bereits einen konkreten Auftrag an Staat und Gesellschaft zur Gestaltung von Politik zum Inhalt. Die Frage, die sich stellt, lautet: Wie muss eine Politik für die ältere Generation sein, damit sie in all diesen Themenfeldern die Rahmenbedingungen für ein „gutes Leben im Alter“ schafft?

Entgegen sonstiger Divergenzen scheint es in diesem Zusammenhang einen schier parteiübergreifenden Konsens zu geben, wie genau dies erreicht werden kann. In fast allen Parteiprogrammen und Koalitionsverträgen der letzten zehn Jahre in Schleswig-Holstein finden sich nahezu übereinstimmende Grundsätze für eine Politik für die ältere Generation. Zusammengefasst lauten diese sinngemäß:

Seniorenpolitik muss

- generationengerecht sein,
- jeder soll sich einbringen können,
- Produkte und Dienstleistungen sollten so gestaltet sein, dass sie in jeder Lebenslage also auch für die ältere Generation nutzbar sind (Verbraucherschutz),
- die Gleichbehandlung von Mann und Frau muss gewährleistet sein (Gender mainstreamig) und
- sie soll inklusiv sein (i.S.v. Schutz von Minderheiten).

Hier sehen wir deutlich: Die Diskussion um Inklusion in Verbindung mit der älteren Generation ist nicht neu - zumindest nicht auf der Ebene der Proklamation. Allerdings gibt es einen fundamentalen Unterschied zwischen Proklamation und Programmatik.

Schauen wir zunächst, was vom Thema „Inklusion“ in der Gesellschaft angekommen ist: Eine Analyse ausgewählter Zeitschriften und Zeitungen (Deutschland: Süddeutsche Zeitung, Die Zeit, Spiegel, Bildzeitung; Schweiz: Neue Züricher Zeitung und Schweizer) zur Medienpräsenz von „Inklusion“ zeigt folgendes und ein wenig ernüchterndes Ergebnis: Bis zum Jahr 2011 ist Inklusion ein eher randständiges Thema. Oder, um es deutlicher zu sagen: Es kommt nicht vor bzw. es kommt nicht unter der Bezeichnung Inklusion vor. Erst ab 2012 lässt sich eine deutliche Häufung von Artikel zum Thema Inklusion entdecken. So finden sich beispielsweise im „Spiegel“ in den Jahren 2003 bis 2010 jährlich maximal drei entsprechende Artikel. Erst ab dem Jahr 2012 steigt die Anzahl sprunghaft an (2012: 23 Fundstellen; 2013: 32 und in 2014 bereits schon 41 Artikel). Auch eine Auswertung der Zusammenhänge, in denen Inklusion genannt wird, ist aufschlussreich: Es dominieren folgende Schlagwörter: Kinder, Schule, Behinderung, Schüler, Eltern Lehrer. Seniorinnen oder Senioren, Alte, ältere Generation kommen nicht vor. Bedeutet dies jetzt, die ältere Generation braucht nicht inkludiert werden? Oder die ältere Generation will nicht inkludiert werden? Oder generell: Inklusion ist kein Thema für die ältere Generation? Wahrscheinlich würde die heutige Veranstaltung nicht stattfinden, wenn Sie dieser Meinung wären. Generell lässt sich daraus folgern: Wir haben ein Problem auf zwei Ebenen. Wir haben ein Erkenntnisproblem - also was ist Inklusion, was wollen wir mit Inklusion - und wir haben ein Umsetzungsproblem - wie können wir Inklusion in unserer Gesellschaft verwirklichen.

Ich will im Folgenden versuchen, die beiden Themen „Inklusion und ältere Generation“ zusammenzubringen. Dazu habe ich drei Thesen formuliert, die aus meiner Sicht die Problematik um die Verwirklichung von Inklusion beleuchten.

These I: Der Begriff Inklusion ist überladen.

Der Bedeutungsinhalt des Begriffs der Inklusion ist vielfältig. Häufig wird in diesem Zusammenhang von einem sogenannten Containerbegriff gesprochen, da alles Mögliche – und Unmögliches – mit Inklusion verbunden wird. „Inklusion“ ist zumindest in seinem Verständnis dehnbar und damit zu einem Plastikwort geworden ist. Inklusion hat seine Wurzeln in der Wissenschaft (in der Soziologie und in der Philosophie), ist in unseren Alltagssprachgebrauch übernommen und mit moralischen und ethischen Zuschreibungen überladen worden. Dies zeigen unter anderem auch die zahllosen und fast schon hilflos anmutenden Definitionsversuche wie zum Beispiel die oft sehr bildhaften Vergleiche mit vielfarbigen Punkten in Kreismodelle oder sogar mit einer Tüte bunter Gummibärchen. Dabei ist es relativ einfach, wenn wir uns der eigentlichen Wortbedeutung annehmen. Inklusion (includere) bedeutet im eigentlichen Wortsinn einschließen und einbeziehen oder anders ausgedrückt: „Zugang haben.“ Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Inklusion bedeutet nicht „Alle müssen gleich sein.“ Und: Inklusion ist nicht die eierlegende Wollmilchsau, die Gleichheit für alle verspricht bei Betonung der Unterschiedlichkeit. Es ist mir sogar weitestgehend unverständlich, warum verschiedene Gruppen unbedingt so sein wollen wie alle anderen und dabei ihre Identität, ihre jeweilige Besonderheit, aufgeben. Die Alten sind nicht so wie die Jungen, die Jungen nicht so wie die Alten: Das fängt bei der Biologie an und geht weiter über psychische und soziale Faktoren.

Was nun aber Inklusion – also: Zugang haben – konkret bedeutet, hängt von der Ebene ab, zu der Zugang ermöglicht beziehungsweise gewährleistet sein soll. Hier können grob drei Ebenen unterschieden werden: (1) Die Ebene der Gesellschaft und ihrer Teilsysteme (z.B. Bildung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft sowie Bürgerrechte, Normen), (2) die Ebene der Organi-

sationen (z.B. Vereine, Betriebe, Schule) und Gruppen (Familie, Freunde, Ehrenämter) sowie (3) die Ebene der sozialen Beziehungen (Interaktion). Dies ist deshalb so wichtig zu unterscheiden, da inkludiert sein in oder auf einer Ebene nicht automatisch inkludiert sein auf einer anderen Ebene bedeutet. Der Zugang zum Bildungswesen bedeutet noch lange nicht, dass wir alle dort die gleichen Chancen haben. Der Zugang zu einer Organisation, einem Verein bedeutet nicht, dass wir dort die gleichen Einflussmöglichkeiten haben. Der Zugang zu sozialen Gruppen wie Freunde, Familie, Peers bedeutet nicht, dass wir automatisch geliebt werden. Die Schlussfolgerung dessen ist: Es gibt nur eine „Inklusion auf verschiedenen Ebenen“. Das bedeutet ebenso: Es gibt keine gesamtgesellschaftliche Inklusion sondern immer nur Inklusion in spezifischen Funktionssystemen. Übertragen auf unsere heutige Themenstellung bedeutet das: Wenn wir inkludieren und inkludiert sein wollen – also den Zugang zu bestimmten Systemen, Organisationen, Soziale Nahbeziehungen haben wollen -, dann müssen wir alle Ebenen in den Blick nehmen.

These II: Inklusion bedeutet immer auch Exklusion.

Wenn wir den Zugang zu bestimmten Systemen, Organisationen und Beziehungen ermöglichen wollen ist entscheidend, wo die Grenzziehung zwischen Inklusion und Exklusion verläuft. Dabei ist es wichtig zu erkennen, dass wir – die Gesellschaft und ihre Teilsysteme - entscheiden, wer inkludiert und wer exkludiert ist. Die Grenze zwischen In- und Exklusion ist daher immer von uns selbst gemacht. Soziologen sprechen in diesem Zusammenhang von Konstruktion oder auch von sozialer Inszenierung. Wenn wir beispielsweise von Armut bzw. „den Armen“ sprechen, ist fundamental, wie wir Armut definieren. Bedeutet nach unserem Verständnis Armut „arm an ökonomischen Mitteln“ oder eher "arm an sozialen Möglichkeiten" oder generell als Fernbleiben von Zugangsmöglichkeiten, hat dies Auswirkungen wer in- und wer exkludiert ist. Genauso verhält es sich mit anderen Trennlinien zwischen In- und Exklusion: Wir definieren, wer behindert oder beeinträchtigt ist, wer ab wann als alt gilt, wer geschäftsfähig ist. Und: Immer wenn ich einer Gruppe zugehöre, bin ich (mindestens) bei einer anderen ausgeschlossen. Das liegt in der Natur der Sache. Gehöre ich zu den Alten, bin ich kein Junger. In einer komplexen Welt – und in so einer leben wir – weichen diese Grenzen immer mehr auf. Sie verschwimmen. Auf der einen Seite ist das in einer pluralistischen Gesellschaft gut und wünschenswert, hat aber zur Folge, dass Exklusionen verschleiert werden.

Und hier stösst der Inklusionsbegriff an seine Grenzen. Im Grundgesetz steht nicht ohne Grund im Artikel 3 „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich“ und nicht „Alle Menschen sind gleich“. Wir definieren uns als Individuum, als Person über unsere Unterschiedlichkeit, unsere Differenz. Und auch hier geht es nur darum, Zugangsmöglichkeiten zu schaffen. Im Sinne einer Ermöglichungsgesellschaft. Für ein gutes Leben - in welcher Lebensphase auch immer - muss ich sogenannte Verwirklichungschancen haben. Also die Möglichkeit im Rahmen meiner Talente und Begabungen bestimmte Dinge verwirklichen zu können. Die Philosophin Martha Nussbaum hat in Anlehnung an Überlegungen des indischen Nobelpreisträgers und Ökonoms Amartya Sen eine Liste von zehn „Sachverhalten“ erarbeitet, die ein Mensch für ein gutes Leben benötigt. Ich halte diesen Ansatz insbesondere vor dem Hintergrund der Inklusionsdebatte für absolut zielführend, da es darum geht, dass alle Menschen die gleichen Möglichkeiten für den Zugang zu den vorhin beschriebenen Ebenen haben und ob diese tatsächlich genutzt werden können.

Wenn wir Inklusion wollen, dann geht es nicht darum, die Verschiedenheit als Normal zu verstehen, sondern das Besondere in der Differenz wahrzunehmen. Das klingt einfach, hat

aber enorme Folgen. Wir müssen uns nämlich darum kümmern, dass die Unterschiedlichkeiten berücksichtigt werden. Was das bedeutet sehen wir gerade eindrücklich beim Thema Inklusion in den Schulen. Wenn es normal wäre, verschieden zu sein, dann machen wir doch eine „normale“ Schule für alle. Dass das nicht funktioniert, ist derzeit überdeutlich. Es geht eben nicht nur darum, nur die Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen, sondern die Unterschiedlichkeit muss in den Systemen angemessen und ausreichend berücksichtigt werden.

Darüber hinaus dürfen wir nicht nur darauf schauen, was Inklusion fördert. Vielmehr müssen wir fragen, was mit denjenigen ist, die – aus welchen Gründen auch immer - gar nicht inkludiert werden wollen oder können? Es muss auch für diese Menschen die Möglichkeit geben, ein gutes Leben zu führen. Das bedeutet für Maßnahmen und Projekte zur Inklusion: Wir dürfen nicht nur nach den inklusionsfördernden Dingen schauen, sondern wir müssen auch die Exklusion im Blick behalten. Als Aufgabe für Politik und Gesellschaft bedeutet dies die Entwicklung von Maßnahmen zur (1) Inklusionsförderung, zur (2) Exklusionsvermeidung und (3) zum Umgang mit Exklusionen.

These III: Inklusion bedeutet Verhältnisse und Verhalten zu ändern

Manchmal entsteht der Eindruck, wir müssten nur daran glauben, dass wenn wir etwas niederschreiben, vielleicht sogar in einem Gesetz festhalten, dass „es dann so ist“. Wer aber an die Macht deklaratorischer Formeln (Gesetze/Menschenrechte) glaubt und die materiellrechtliche Umsetzung vergisst oder zumindest außer Acht lässt, ist mindestens naiv. Nur weil es jetzt eine UN-Konvention gibt, verwirklichen wir noch lange nicht Inklusion. Nur weil in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verklausuliert etwas von Inklusion steht - alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren - bedeutet das nicht, dass Inklusion substantiell in unserer Gesellschaft umgesetzt wird. In dieser Hinsicht ist auch erstmal die UN-Konvention ein Papiertiger, so lange sie nur eine Proklamation ist.

Eine notwendige Bedingung für gelingende Inklusion ist, dass wir Verhältnisse ändern. Das heisst: Wir müssen den öffentlichen Raum so gestalten, dass niemand daran gehindert wird, ihn zu betreten. Dies ist wahrscheinlich nur eingeschränkt möglich, aber es sollte unsere Zielmarke sein. Es muss uns unverständlich sein, dass manche öffentliche Gebäude nicht barrierefrei sind. Dazu gehören beispielsweise auch Fahrkartenautomaten, vor denen ich regelmäßig versage, weil ich mal wieder nicht weiss, ob ich Tarifverbund, SH-Ticket, über Neumünster, Wrist oder sonst wo fahren muss, nur weil ich mit der Bahn nach Hamburg möchte. Das alles – also Verhältnisse - barrierefrei und vor allem universell zu gestalten, ist eine große gesellschaftliche Aufgabe und insbesondere für Designer, Architekten und Sozialwissenschaftler.

Wir müssen Verhältnisse ändern, also Systeme anpassen, Organisationen inklusionsfit machen, und – und dies ist die zweite Seite der Inklusionsmedaille - wir müssen Verhalten ändern – also Denk- und Sichtweisen. Ein Beispiel: Vor ca. 20 Jahren wurden die ersten Überlegungen zu Einparkhilfen in Autos angestellt. Die Diskussion verlief folgendermaßen: Die männlichen Autofahrer schimpften: Eine Einparkhilfe? Sowa brauchen wir nicht - ich erspare ihnen den chauvinistischen Teil der weiteren Diskussionsbeiträge meiner Geschlechtsgenossen. Heute ist es schick, wenn der Hydrant näher zur Stosstange kommt und uns die freundliche Stimme des Navigationsgeräts freundlich warnt, untermalt mit einem rhythmischen Piepen und möglichst noch visualisiert auf einem kleinen Monitor im Rückspiegel. Alles eine Frage der Einstellung und „Universal Design“ eben. Aber auch hier ist es ernüchternd: Einstellungsänderungen dauern und sie müssen initiiert und begleitet

werden. Wir können noch weitere hundert Inklusionsbüros eröffnen und Kampagnen zum Thema Inklusion starten. Das nützt nichts, wenn es auf der Ebene der Symbolpolitik bleibt.

Für das „gute Leben im Alter“ bedeutet Verhalten und Verhältnisse ändern, dass wir unsere Bilder vom Alter und vom Altern überprüfen und dass wir anerkennen, dass die Lebenslage Alter so heterogen ist, wie jede andere Lebenslage auch. Das biologische Alter ist da nur eine sehr grobe Vereinfachung. Hilfreicher ist folgende Einteilung:

Die Lebenslage des

- aktiven Alters (gekennzeichnet durch gesellschaftliche Partizipation)
- verwundbaren Alters (gekennzeichnet durch Krankheit und Pflegebedürftigkeit)
- ausgegrenzten Alters (gekennzeichnet durch gesellschaftliche Ausgrenzung durch Altersarmut und fehlender Tragfähigkeit sozialer Netze)

Für alle Lebenslagen ist zu schauen, wo Ausgrenzungen stattfinden oder - positiv ausgedrückt - wo Zugänge geschaffen werden müssen, weil sie derzeit erschwert sind.

Ein kurzes Fazit

Das Ziel von Inklusion ist die Ermöglichung sogenannter Verwirklichungschancen. Inklusion wird erreicht über die Gestaltung von Normen, über Gewährleistung von Ressourcen, über Beteiligung und Stimmrechte und über Bewusstseinsbildungsprozesse. Das bedeutet konkret, dass wir auf den unterschiedlichen Ebenen von Systemen, Organisationen und Beziehungen Rahmenbedingungen - im Sinne von Verhältnissen und Verhalten - schaffen müssen, die Zugänge (Inklusion) ermöglichen, Ausschlüsse (Exklusionen) vermeiden und den Umgang mit vorhandenen Ausschlüssen regeln.

Dahinter verbirgt sich immer auch ein politisches Programm, das sich mit der Frage beschäftigen muss: Wer wird auf welche Weise, worin, mit welchem Status mit welchen Folgewirkungen (un-/beabsichtigt) in- bzw. exkludiert. Zur Beantwortung brauchen wir realistische und pragmatische Vorstellungen und Ideen, politische und professionelle Entschlossenheit, konkrete Phantasie und manchmal auch Schläue in der Erarbeitung von gesellschaftlichen und individuellen Strukturen und Problemlösungen.